



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen – Alarmzeichen frühzeitig erkennen; Prävention stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich zu berichten, wie die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden kann. Der Fokus des Berichts soll auf den präventiven Bereich gelegt werden und insbesondere die folgenden Aspekte thematisieren:

- zielgruppenspezifische Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für betroffene Kinder und Jugendliche, für Eltern und Familien, für Fachkräfte (Pädagoginnen bzw. Pädagogen, Erzieherinnen bzw. Erzieher etc.) sowie deren Ausbau- und Vernetzungspotenziale
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung
- Potenziale digitaler Angebote zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
- Förderung von Modellprojekten (analog und digital) zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
- Förderung wissenschaftlicher Forschung zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Begründung:

Ängste, Essstörungen und Depressionen bei Kindern und Jugendlichen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Zahlreiche Studien dokumentieren in dramatischen Zahlen eine deutliche Zunahme psychischer Probleme bei Kindern und Jugendlichen; darunter der zuletzt veröffentlichte Kinder- und Jugendreport 2022 der DAK sowie der Kindergesundheitsbericht. So kamen 28 Prozent mehr 15- bis 17-Jährige mit Depressionen und 17 Prozent mehr ältere Teenager mit Essstörungen in die Kliniken. In Relation zu 2019 stiegen die Krankenhausaufenthalte 2021 bei Essstörungen sogar um 40 Prozent. Auch bei emotionalen Störungen war ein Plus der Behandlungen zu verzeichnen: 2021 wurden 42 Prozent mehr 15- bis 17-Jährige aufgrund von emotionalen Störungen stationär versorgt. Ähnliche Tendenzen gab es auch bei den Schulkindern im Alter zwischen zehn und 14 Jahren. Hier nahmen vor allem stationäre Behandlungen aufgrund von Depressionen (plus 27 Prozent), Angststörungen (plus 25 Prozent) und Essstörungen (plus 21 Prozent) zu.

Die Ergebnisse der Studien sind alarmierend und müssen Ausgangspunkt für verstärkte politische Bemühungen sein. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich zu berichten, wie gerade der präventive Bereich gestärkt werden kann, damit Anzeichen für psychische Probleme bei Kindern und Jugendlichen frühestmöglich erkannt und gezielt adressiert werden können. Besondere Berücksichtigung soll dabei auf die folgenden Aspekte gelegt werden: die Ausweitung zielgruppenspezifischer Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung, die Ausweitung digitaler Angebote, die Förderung innovativer Modellprojekte sowie die Förderung wissenschaftlicher Forschung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.